

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände



11 Fragen und Behauptungen

und

11 Antworten der Kommunen

**zum Eingriff in den
kommunalen Finanzausgleich**

1. Behauptung:

Das Land muss sparen. An den Sparmaßnahmen (Ausgabekürzungen) müssen die Kommunen beteiligt werden.

Wahr ist:

Das gespart werden muss, ist unbestritten. Glaubwürdig kann man aber am besten sparen, wenn man bei sich selbst ansetzt. Wer bei anderen „spart“, wird es schwer haben, seine eigenen überkommenen Strukturen zu ändern, weil er von seinen Problemen ablenken möchte. Dauerhaft spart man nur, wenn man seine eigenen Aufgaben und Strukturen überprüft und nicht Ausgabekürzungen Dritten auflastet.

2. Behauptung:

Das Land Schleswig-Holstein hat im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zu viel Schulden, die Kommunen haben im Vergleich mit Kommunen aus anderen Ländern relativ wenig Schulden.

Wahr ist:

Diese Daten sind zum Vergleich ungeeignet. Zum einen kann ohne die Kenntnis der Aufgabenstruktur nicht die Kommune eines Landes mit der Kommune eines anderen Landes verglichen werden. Hier vergleicht man Äpfel mit Birnen. Zum anderen ist ein Vergleich der Schuldenhöhe lediglich ein Blick in die Vergangenheit. Aspekte von aktuellen bzw. zukünftigen Entwicklungen werden nicht berücksichtigt.

3. Frage:

Ist es nicht von Vorteil für Bürgerinnen und Bürger, wenn das Land spart?

Antwort:

Diese Art zu sparen bringt für die Bürgerinnen und Bürger des Landes überhaupt nichts. Die Schulden, die das Land weniger aufnehmen wird, müssen die Kommunen mehr aufnehmen, da auch sie kein Geld mehr haben. Wahrscheinlich trifft diese Art von sparen den Bürger sogar direkter, da er mit seiner Kommune mehr Berührungspunkte hat (Kindergarten, Schülerbeförderung, Schwimmbäder, Feuerwehren).

4. Frage:

Führt nicht die Reduzierung der Finanzmittel automatisch zu mehr Wirtschaftlichkeit?

Antwort:

Nein, im Gegenteil. Bestrebungen zu mehr Wirtschaftlichkeit werden durch den vorgesehenen Eingriff konterkariert. Wer in den Kommunen wirtschaftlich gearbeitet und für geringe Schulden gesorgt hat, sieht sich nun dem Argument ausgesetzt, dass seine Schulden zu gering sind und durchaus etwas draufgesattelt werden könnte.

5. Frage:***Sitzen die Kommunen nicht solidarisch im gleichen Boot wie das Land?*****Antwort:**

Im Prinzip ja, aber in einem Boot pumpt man das eindringende Wasser nicht von oben nach unten, sondern aus dem Boot heraus! Die (Finanz-)Beziehungen zwischen Kommunen und Land sind komplex. Bei Verhandlungen um Aufgabenübertragungen vom Land auf die Kommunen wurde zuletzt um jede Million € gekämpft. Grundlage für die Zahlungen ist das Konnexitätsprinzip, nach dem das Land den Kommunen alle Kosten für die Aufgabenerfüllung erstatten muss (wer bestellt, bezahlt). Dieses Prinzip wird ad absurdum geführt, wenn „von vorne“ ein gerechter Betrag für die Aufgabenwahrnehmung erstattet wird und von hinten gleichzeitig ein erheblich größerer Betrag für die Bezahlung der Aufgabenübertragung entnommen wird. So werden die Kommunen für Mehraufwand mit ihrem eigenen Geld bezahlt.

6. Behauptung***Das Land entlastet die Kommunen durch eine Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds*****Wahr ist:**

Das ist formal richtig. Allerdings handelt es sich beim KIF um kommunale Mittel, die dort in der Regel als Kredite oder als Zuschüsse vergeben werden. Der KIF ist also so etwas, wie die kommunale Spardose. Die Ankündigung, die Kommunen zu entlasten ist anerkennenswert, aber eine Entlastung aus der eigenen Spardose ist wie „aus der linken Tasche herausnehmen und in die rechte Tasche stecken“, also keine echte Entlastung.

7. Behauptung***Das Land entlastet die Kommunen durch Aufgabenverzicht in gleicher Höhe*****Wahr ist:**

Das wäre in der Tat zumindest die Schaffung der Möglichkeit einer Entlastung, wenn das Land auf eine Aufgabenerfüllung bestimmter Aufgaben verzichtet. Die Kommunen könnten dann das Personal und die Finanz- und Sachmittel einsparen und so für Entlastung sorgen. Nur gilt bei den meisten Aufgaben parlamentarischer Vorbehalt und hier ist aus kommunaler Sicht keineswegs sicher, ob den Ankündigungen überhaupt Taten folgen, da es bereits seit langem Verzichtsvorschläge der Kommunen gibt. Den Vorschlägen zur Entlastung wurde jedoch nur in wenigen Fällen entsprochen. Bisher hat das Land keine substantziellen Vorschläge zur Entlastung der Kommunen gemacht.

8. Frage

Kann man Aufgabenentlastungen überhaupt in ausreichender Menge umsetzen, um den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich zu kompensieren?

Antwort:

Wahrscheinlich nicht oder zumindest nicht so schnell. Wie das Land im Augenblick selbst vorführt, ist es ausgesprochen schwer, direkte Einsparungen zu erzielen, die aus einem Aufgabeverzicht herrühren (Schlie-Bericht). Das Land hat für diesen Bericht knapp ein Jahr gebraucht und damit einen Teil seiner Aufgaben untersucht. Das Ergebnis aus der Aufgabenkritik ist mager. Die Zeit für die Umsetzung wird länger dauern, als für eine schnelle Entlastung nötig wäre, da Personal oft nur über Fluktuation oder Pensionierung abgebaut werden kann und auch fachlich nicht beliebig in andere Aufgabenbereiche versetzbar ist. Die Kommunen sind dennoch der Auffassung, dass hier der richtige Weg beschritten wird und die Ergebnisse im Vergleich zu vorausgegangen Aufgabenkritiken wenigstens überhaupt erkennbar sind.

9. Frage

Wird das Land durch einen kommunalen Beitrag von je 120 Mio € in den Jahren 2007 und 2008 überhaupt spürbar entlastet?

Antwort:

Nein, der kommunale Beitrag wäre ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Land hatte zum 31.12.2004 einen Schuldenberg in Höhe von 20,041 Mrd € angehäuft. Damit verantwortet das Land 88 % der öffentlichen Schulden in Schleswig-Holstein und die Kommunen 12 %. Nach einem Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 2 mal 120 Mio € würde das Land immer noch für 87 % der Schulden in Schleswig-Holstein verantwortlich sein. Pro Kopf würde die vom Land verantwortete Verschuldung von 7093 € auf 7008 € sinken, ein kaum spürbarer Effekt.

10. Behauptung

Die Finanzlage der Kommunen wird sich in den nächsten Jahren verbessern

Wahr ist:

Wie sich einzelne Steuerarten in den kommenden Jahren entwickeln, ist nur schwer vorhersehbar. So kann man zum Beispiel die Frage stellen, ob das Aufkommen aus der Gewerbesteuer in den nächsten Jahren wieder ansteigen wird. Diese Frage ist sicher auch mit der Frage verknüpft, ob „der Aufschwung“ der privaten Wirtschaft nach einer Mehrwertsteuererhöhung auf 19% 2007 weiter anhalten wird oder sich sozusagen als Strohfeuer entpuppt. Berechnungen des Finanzministeriums zur Finanzentwicklung durch steuerliche Änderungsvorhaben gehen jedoch in den nächsten Jahren von einer nur ganz knappen Entlastung der Kommunen aus (von 2006 bis 2009 insgesamt 33 Mio € Entlastung). Das Land hingegen hat durch die gleichen Gesetze im gleichen Zeitraum 609 Mio € Mehreinnahmen zu erwarten.

Zudem lassen die ab 2007 neu beginnenden Stromausschreibungen (nach Ablauf der alten Verträge) befürchten, dass die Stromkosten um durchschnittlich 20 % steigen werden, wovon vor allem Kommunen durch ihre zahlreichen Liegenschaften (Rathäuser, Schulen) betroffen

sein werden. Genauso stark werden die Kommunen als Mehrwertsteuerzahler ab 2007 zur Kasse gebeten. Kommunen zahlen ebenso wie jeder Bürger Mehrwertsteuer auf z.B. Dienstleistungen und Investitionen. Diese machen einen Großteil der kommunalen Ausgaben aus, während das Land einen höheren Anteil eigener Personalkosten hat, die von der Mehrwertsteuererhöhung nicht betroffen sind.

Eigentlich müssten die Kommunen also eher entlastet als weiter belastet werden.. Da die Kommunen über keine Reserven mehr verfügen, kann die Belastung nur über neue Schulden aufgefangen werden.

11. Behauptung:

Als man den Koalitionsvertrag unterschrieb, war die katastrophale Lage der Landesfinanzen noch nicht absehbar.

Wahr ist:

Bereits bei der Aufstellung des Landeshaushaltes 2005 mit verplanten Steuereinnahmen von knapp 6 Mrd. € und dem gegenüber stehenden Ausgaben von 7,9 Mrd. € sowie einem Schuldenberg von über 20 Mrd. € muss jedem Landespolitiker klar gewesen sein, wie katastrophal die Lage der Landesfinanzen ist.

